



Gemeinde Nottuln
Die Bürgermeisterin

**öffentliche
Beschlussvorlage**
Vorlagen-Nr. **060/2020**

Produktbereich/Betriebszweig:
01 Innere Verwaltung
Datum:
14.05.2020

Tagesordnungspunkt:

Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2020

Resolution: Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten - Kommunen und kommunale Unternehmen unter den Rettungsschirm

Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion:

Der Rat der Gemeinde Nottuln fordert die Landesregierung auf,

- Mittel aus dem Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise zur Kompensation kommunaler Steuerausfälle zur Verfügung zu stellen,
- kommunale Unternehmen in den Rettungsschirm des Landes einzubeziehen,
- die in den Kommunen zusätzlich benötigte Liquidität sicherzustellen und in diesem Zusammenhang auch die Altschuldenfrage endlich zu klären.

Finanzielle Auswirkungen:

Noch nicht zu beziffern

Klimatische Auswirkungen:

keine

Vorlage Nr. 060/2020

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung			
Rat	26.05.2020	öffentlich			
	Beratungsergebnis				
	einstimmig	ja	nein	enthalten	

gez. Block

Sachverhalt:

Mit beigefügtem Antrag (Anlage 1) beantragt die SPD-Fraktion einen Beschluss über eine Resolution zur Erhaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit.

Die Verwaltungsleitung unterstützt diese grundsätzliche Forderung und erwartet neben den angekündigten bilanziellen Änderungen zur Isolierung der corona-bedingten Finanzschäden, dass auch Maßnahmen zur Liquiditätssicherung seitens der Bundes- und Landesregierungen getroffen werden, um auf Dauer die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat in seinem Forderungspapier „Rettungsschirm von Bund und Ländern für die Kommunen unverzichtbar“ (Anlage 2) sieben zentrale Forderungen aufgestellt, die verwaltungsseitig vollumfänglich unterstützt werden. Als Alternative zum Resolutionstext der SPD-Fraktion könnten auch diese zentralen Forderungen gegenüber der Landesregierung formuliert werden.

Anlagen:

Anlage 1: Antrag der SPD-Fraktion vom 26. April 2020

Anlage 2: Zentrale Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Verfasst:
gez. Block, Doris